

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.01.2022

Inhalt

EWN

1 Mehr als jeder zehnte Jugendliche im Landkreis ohne Job <i>Ostsee-Zeitung - Grimmener Zeitung, 04.01.2022</i>	3
2 Deutschland steigt aus, Europa ein? Die Wahrheit im Atomstreit ist viel komplexer <i>FOCUS online, 03.01.2022</i>	4
3 EU-Kommission sorgt für Streit um „grünen“ Strom <i>Märkische Allgemeine - Potsdamer Tageszeitung, 03.01.2022</i>	7
4 Umweltverbände wollen Endlager „Konrad“ kippen <i>Braunschweiger Zeitung, 04.01.2022</i>	8

Mehr als jeder zehnte Jugendliche im Landkreis ohne Job

Quote liegt bei 10,4 Prozent / Vorpommern-Rügen schneidet im bundesweiten Vergleich weiterhin schlecht ab

Menschen unter 25 ohne Job? Im Jahr 2020 hat dieses Schicksal bundesweit 5,5 Prozent der jungen Menschen unter 24 Jahren getroffen. Diese Arbeitslosenquote weist das Statistische Bundesamt im Regionalatlas aus. Die schlechte Nachricht ist, dass damit der bundesweite Wert gegenüber dem Vorjahr im ersten Coronajahr um 1,1 Prozentpunkte nach oben ging.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist in diesem Vergleich aktuell mit einer Quote von 10,4 Prozent der Erwerbspersonen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren vertreten, die im Jahresdurchschnitt arbeitslos gemeldet waren. In einer Bundesliga der Jugendlichen-Vollbeschäftigung erreichte der Kreis Erding mit 2,3 (Vorjahr 1,4) Prozent Jugendarbeitslosigkeit den niedrigsten Wert und Platz 1 wie im Vorjahr. Schlusslicht war ebenfalls wie im Vorjahr der Kreis Uckermark (Brandenburg) mit einer Quote von 13,1 (Vorjahr 16,6) Prozent. Der Kreis Vorpommern-Rügen liegt in dieser Bundesliga auf Platz 380 von 401 ausgewerteten Städten und Kreisen. Machen wir den europaweiten Vergleich, dann liefert das Europäische Statistikamt für Deutschland für Oktober 2021 eine Jugendarbeitslosenquote von 7,0 Prozent - das ist zwar aufgrund anderer Berechnungsgrundlagen ein höherer Wert als der vom Statistischen Bundesamt ermittelte, aber an der Spitzenposition von Deutschland als Ganzem ändert das nichts. Spanien hat mit 38,3 Prozent die höchste Arbeitslosenquote in der Gruppe U 25.

Griechenland hat 35 Prozent, Italien 29,4 Prozent, Schweden 23,9 und Frankreich 20,2 Prozent, um nur ein paar Beispiele auf den hinteren Plätzen zu nennen. Der Kreis Vorpommern-Rügen gehört zu den Gebieten, in denen die Jugendarbeitslosigkeit höher ist als im Bundesdurchschnitt. Mecklenburg-Vorpommern insgesamt liegt bei einer Quote von 9,5 Prozent verglichen zu den 5,5 Prozent im Bund. Unterm Strich haben sich im Kreis Vorpommern-Rügen die Quoten seit 2014 laut Regionalatlas folgendermaßen entwickelt: Damals waren noch 11,2 Prozent der unter 25-Jährigen

arbeitslos gemeldet, 2015 waren es 10,3 Prozent. Im Jahr darauf 12,5 Prozent. 2017 hieß die Jahresquote 10,6 Prozent, gefolgt von 10,3 Prozent im Jahr 2018 und 9,0 Prozent 2019. Mit den im Jahr 2020 erreichten 10,4 Prozent, lag die Quote in Kreis Vorpommern-Rügen zuletzt 0,8 Prozentpunkte niedriger als 2014, so der Zeitungsdienst Südwest.

Deutschland setzt auf Ausbildung, um U-25 Arbeitslosigkeit vorzubeugen: Einen Ausbildungsplatz zu finden und damit den ersten Schritt einer „Karriere mit Lehre“ (Slogan Kfz-Gewerbe) und weg von der Jugendarbeitslosigkeit zu machen, war und ist rein rechnerisch vor und mit Corona kein Problem: „63 200 Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt“, meldet das Bundesinstitut für Berufsbildung aktuell. Aber entweder will die Zielgruppe die angebotenen Jobs nicht oder die Firmen haben sich Azubis mit besserer Schulbildung vorgestellt. Und es hängt auch vom Wo ab, sagt das Institut in seiner Analyse der Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2021, wenn es um die Frage geht, welche Betriebe keine Azubis bekommen: Die Quoten erfolgloser betrieblicher Ausbildungsplatzangebote wiesen wie bereits in den Vorjahren eine beträchtliche Varianz zwischen den verschiedenen Regionen auf.

Auf Ebene der Bundesländer zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit jeweils 17,6 Prozent die höchste und in Hamburg mit 2,4 Prozent die geringste Quote. Auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke vergrößerte sich die regionale Varianz in der Quote erfolgloser betrieblicher Ausbildungsplatzangebote. In den Bezirken Greifswald (25,1 Prozent), Deggendorf (25,2 Prozent), Altenburg-Gera (26,2 Prozent) und Weiden (30,0 Prozent) sind mehr als ein Viertel des betrieblichen Angebots unbesetzt geblieben. In den Bezirken Kassel (1,3 Prozent), Hamburg (2,4 Prozent), Koblenz-Mayen (2,4 Prozent) und Hameln (2,9 Prozent) lag diese Quote hingegen bei unter drei Prozent.



📖 FOCUS online | 03.01.2022 | S. online

👤 Matthias Hochstätter

🔗 WEBLINK

ANALYSE

Deutschland steigt aus, Europa ein? Die Wahrheit im Atomstreit ist viel komplexer

Die Kernenergie ist in Deutschland immer noch ein Aufreger-Thema. Was viele in der Diskussion um den jüngsten Vorstoß der EU-Kommission vergessen: Im gesamten Energiemix hat Atomkraft immer nur eine hoch subventionierte Nebenrolle gespielt. Nüchtern betrachtet ist sie für die Energieversorger einfach zu ineffizient und zu teuer - auch in anderen EU-Staaten.

Die Atomenergie ist wieder groß im Gespräch. Frankreich will sie innerhalb der EU als nachhaltige und klimafreundliche Stromquelle eingestuft wissen. Der Grund ist klar ersichtlich: Frankreichs Strombedarf wird derzeit noch zu zwei Dritteln aus Kernkraftwerken gedeckt. Hierzulande spielt die Atomkraft in der Energiewirtschaft eher eine Nebenrolle, erregt jedoch nach wie vor die Gemüter. Wobei außer der AfD keine Partei im Deutschen Bundestag den Wiedereinstieg in die Kernenergie will.

Seit den 1970ern tobt der ideologische Grabenkrieg zwischen Befürwortern und Gegnern, der sich schon damals beim Vokabular deutlich zeigte: Hier die liebe Kernenergie mit ihren modernen KKW-Kernkraftwerken, da die böse Atomkraft mit den gefährlichen AKW. Kaum ein anderes Thema hat die deutsche Bevölkerung derart gespalten wie die Kernkraft. Dabei hat die Atomenergie in Deutschland nie eine derart dominante Rolle bei der Energieversorgung gespielt wie etwa in Frankreich.

Stellenwert der Atomenergie in Deutschland

Selbst vor der Kernschmelze von Fukushima 2011 produzierten die deutschen Atommeiler nur etwa 20 Prozent des deutschen Stroms. Und zu den anderen beiden großen Energie-Sektoren Wärme und Treibstoff steuerte die Atomkraft gar nichts bei, so dass sie im gesamten deutschen Energiemix immer nur etwa einen Zehn-Prozent-Anteil hatte, der nun Schritt für Schritt durch Erdgas und Erneuerbare ersetzt werden soll.

Sind AKW klimafreundlich und nachhaltig?

Laut Umweltbundesamt ist Atomstrom vergleichsweise klimaschonend. Über den gesamten Lebenszyklus eines Kernkraftwerks hinweg entstehen bei einer produzierten Kilowattstunde Strom im Mittel etwa zwölf Gramm Kohlendioxid (CO₂). Bei Braunkohle sind es über 1000 Gramm, bei Erdgas über 400 Gramm und bei der Windenergie unter zehn Gramm CO₂.

Nachhaltig und umweltfreundlich ist die Kernenergie jedoch nicht. Denn eine Lösung für den Atommüll hat weltweit bislang nur Finnland gefunden. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sucht derzeit ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Dort, wo geeignete Ton-, Salz- oder Granitformationen unter der Erde ruhen, soll ab 2031 gebuddelt werden. Etwa 1900 Castor-Behälter sollen es letzten Endes werden, so das zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Diese benötigen 27.000 Kubikmeter Platz: Ein hoch radioaktiver Würfel mit 30 Meter Kantenlänge muss also für über eine Million Jahre sicher und mindestens 300 Meter unter der Erde lagern.

Ist Deutschland mit dem Atomausstieg isoliert in der EU?

Auch die Mitgliedsstaaten der EU sind beim Thema Atomkraft gespalten. Deutschland steht also beim Atomausstieg nicht alleine da. Italien beispielsweise ist 1987, ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, aus der Atomkraft per Volksentscheid ausgestiegen. Gar keine Kernkraftwerke haben neben Italien auch Dänemark, Estland, Griechenland, Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Portugal, Zypern - und Deutschland ab 2023. Spanien und Schweden schwanken seit Jahren beim Thema Atom-

ausstieg, haben sich aber nur verpflichtet, keine neuen mehr zu bauen.

Pläne zum Neubau haben lediglich osteuropäische EU-Staaten wie Ungarn, Polen und Tschechien angekündigt. Ob diese jedoch ihre Pläne verwirklichen, steht in den Sternen. Zu teuer ist der Bau von Kernkraftwerken und kann sich für Energieunternehmen nur mit massiven staatlichen Subventionen lohnen. Diese sind jedoch in der EU verboten. Auch die Sicherheitsvorkehrungen sind eine hohe Hürde und haben die wenigen im Bau befindlichen Projekte teurer und teurer werden lassen.

Beispiel Frankreich: Der Bau des Ersatz-Kernkraftwerks in Flamanville entwickelt sich mehr und mehr zum Kostendesaster. Seit Baubeginn im Jahr 2007 kommt es immer wieder zu zeitlichen Verzögerungen und zu steigenden Kosten. Neuer Termin für die Fertigstellung ist Ende 2022. Die Baukosten sollten ursprünglich 3,3 Milliarden Euro betragen, die Fertigstellung war für das Jahr 2012 geplant. Der französische Betreiber EDF veranschlagt das AKW nun aber auf 12,4 Milliarden Euro. Ähnliche Kosten-Debakel für den europäischen Steuerzahler finden sich in Olkiluoto (Finnland), Hinkley Point (Großbritannien) oder Mochovce (Slowakei).

Was kostet Atomstrom?

Kernkraftwerke mögen vielleicht eine bessere CO₂-Bilanz aufweisen als Kohlekraftwerke. Aber sie sind im Neubau zum Vergleich mit anderen Kraftwerksarten eben viel zu teuer. Nach Berechnungen von Umweltbundesamt und Fraunhofer-Institut kostet die Erzeugung einer Kilowattstunde Atomstrom inklusive Bau- und Folgekosten rund 30 Cent. Zum Vergleich: Braun- und Steinkohlestrom gibt es für rund 20 Cent, Solar- und Windstrom mittlerweile schon für unter fünf Cent. Die Folgekosten der Kernenergie sind zu hoch, um gegenüber anderen Energieformen wettbewerbsfähig zu sein. **Allein Stilllegung und Rückbau eines AKW ziehen sich über 15 Jahre hin.**

Anders sieht es bei den alten Kernkraftwerken aus, die bereits finanziell abgeschrieben sind und am "goldenen Ende" laufen. Hier wird der Strom schon für unter drei Cent die kWh produziert. Doch von dem günstigen Atomstrom profitiert nicht der Verbraucher, sondern nur der Erzeuger, der ihn für derzeit bis zu 20 Cent im europäischen Großhandel verkaufen kann.

Ein Grund dafür, warum Atomkraftwerke teurer als andere Kraftwerke sind, ist auch ihre Ineffizienz. Nur ein Drittel der erzeugten Energie - nämlich der Strom - wird bei einem Kernkraftwerk ausgebeutet, bestätigt etwa der schweizerische AKW-Betreiber Axpo. Die Wärme verpufft hingegen ungenutzt. Moderne

Gaskraftwerke kommen hier schon auf einen Wirkungsgrad von fast 60 Prozent. Und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die sowohl Strom als auch etwa Fernwärme produzieren, sogar auf 90 Prozent. Doch, **um die Wärme von Kernkraftwerken zum Heizen nutzen zu können, müsste man sie in die Städte bauen**, also sehr nahe zu den Verbrauchern. Das war und ist in Deutschland und anderen Ländern jedoch nicht erwünscht.

Wer will heute noch Atomkraftwerke bauen?

Die deutschen Energiekonzerne winken angesichts der hohen Kosten beim Thema Atomkraft einhellig ab. So teilte EnBW FOCUS Online bereits im Herbst mit: "Die Frage nach dem Neubau von Kernkraftwerken oder der Verlängerung ihrer Laufzeiten stellt sich für die EnBW nicht." Man treibe stattdessen die Energiewende aktiv voran.

Der ehemalige Eon-Chef Johannes Teyssen räumte vergangenen März gegenüber dem "Handelsblatt" ein: "Ich glaube, **es wird kein kommerziell arbeitendes Unternehmen wieder in Kernenergie investieren.** Wenn Kernkraftwerke noch irgendwo gebaut werden, dann von Staatsunternehmen oder mit massiver staatlicher Unterstützung. Die kommerziell genutzte Kernkraft hat sich erledigt." Die Kernkraft sei heute zu teuer, zu riskant und politisch zu brisant, so der langjährige Eon-Chef. Die Eon-Tochter Preussen-Elektra wickelt nun das Geschäft mit der Kernenergie ab. Auch hier das Statement zu FOCUS Online, dass der Weiterbetrieb der AKW über 2021/2022 hinaus "kein Thema" sei.

Selbst die Atommächte USA und Frankreich halten sich beim Neubau von Kernkraftwerken stark zurück:

- In den USA sind momentan 56 Kernkraftwerke mit 93 Reaktoren am Netz. Doch der Baubeginn der meisten Reaktorblöcke liegt in der Zeit vor Tschernobyl. **Nach 1990 gingen in den USA nur zwei neue Reaktoren in Betrieb.** Mittlerweile sind somit 38 Reaktoren ersatzlos abgeschaltet worden. Der Anteil der Kernenergie am gesamten Energieverbrauch beträgt in den USA nur noch zehn Prozent.

- In Frankreich liefern derzeit 57 AKW-Reaktoren Strom. Auch hier stammen die meisten aus den 1980ern. 15 Blöcke sind mittlerweile stillgelegt. Weitere rund 30 Blöcke sollen noch in den 2020ern stillgelegt werden. **Seit 2007 bauen die Franzosen am AKW in Flamanville.** Staatspräsident Emmanuel Macron hat zuletzt die Investition in Mini-Reaktoren angekündigt, doch davon gibt es weltweit bislang nur Proto-Typen. Über den Preis, die tatsächliche Effizienz und Sicherheit der

Small Modular Reactors ist nichts bekannt.

Muss Deutschland in Zukunft französischen Atomstrom importieren?

Das europäische Stromnetz ist ein Verbundnetz. Und der Stromhandel ist in der EU genauso erwünscht wie der Handel mit anderen Waren und Dienstleistungen. Die Grenzverbindungen werden stetig erweitert. So findet mit allen deutschen Nachbarstaaten ein Austausch von Elektronen statt. Den Elektronenfluss bestimmt jedoch der Handel auf dem europäischen Großmarkt.

Insgesamt hat Deutschland seit 2003 durchgehend einen deutlichen Stromüberschuss, ist also traditionell Strom-Exporteur. Hauptabnehmer waren 2020 Österreich, Schweiz und die Niederlande. Speziell mit Frankreich hat sich ein Handelsdefizit ergeben. Hier wurde mehr im- als exportiert.

Strombedarf und -produktion sind stark wetterabhängig. In warmen Wintern beispielsweise werden die französischen Elektroheizungen kaum benutzt, dann muss Frankreich seinen überschüssigen Atomstrom exportieren. An heißen Sommertagen dagegen reicht das Kühlwasser für die Kernkraftwerke nicht aus und Frankreich muss Strom importieren.

Falls in Deutschland künftig nachts zu wenig Wind weht und die erneuerbaren Energien auf Sparflamme Strom produzieren, stehen derzeit noch genügend Gas- und Kohlekraftwerke als Reserve bereit. Und es gibt zudem ja noch den Handel mit dem europäischen Ausland - auch mit Frankreich. Die Bundesnetzagentur hat nach eigenen Angaben reihenweise Szenarien

mit Extremfällen durchrechnen lassen - mit dem Ergebnis: **Für die nächsten Jahre gebe es keine unbeherrschbaren Probleme.** Sollte ein Engpass kommen, bleibe genug Zeit, zu reagieren. So meisterte die deutsche Energiewirtschaft etwa auch die lange "Dunkelflaute" zwischen dem 16. und dem 25. Januar 2017, als in Deutschland nahezu flächendeckend Nebel und Windstille herrschte. Deutschland ist also vom französischen Strom genauso abhängig wie umgekehrt.

Fazit:

- Der Anteil der Atomenergie am nationalen Energiemix ist geringer als gedacht und beschränkt sich lediglich auf die Stromproduktion.
- Europa ist beim Thema Atomkraft gespalten. Doch es gibt mehr Stilllegungen von AKW als Bauvorhaben.
- Die Abwärme eines AKW ist nicht nutzbar und macht das Kraftwerk ineffizient.
- Energieversorgern ist die Investition in Atomstrom wegen Bau- und Folgekosten zudem zu teuer.
- Von den sogenannten Mini-Reaktoren gibt es außer Ankündigungen noch nichts Konkretes. Eine "Renaissance der Atomkraft" ist in der EU daher nicht in Sicht. Daran ändert auch die derzeitige Taxonomie-Debatte in Brüssel zur Nachhaltigkeit privater Finanzprodukte nichts. Widerstand im In- und Ausland - Trotz Protest: Japan will radioaktives Kühlwasser aus Fukushima ins Meer leiten

EU-Kommission sorgt für Streit um „grünen“ Strom

Bundesregierung will Atomkraft nicht als nachhaltige Energiequelle anerkennen - Gaskraftwerke sollen jedoch als Übergangstechnologie weiterlaufen

Die Bundesregierung hat die von der EU-Kommission vorgeschlagene Klassifizierung von Gaskraftwerken als nachhaltige Übergangstechnologien begrüßt - und zugleich ihre Ablehnung der Atomkraft bekräftigt. „Für die Bundesregierung ist Erdgas vor dem Hintergrund der Ausstiege aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung eine wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität“, sagte ein Regierungssprecher. „Daher ist es zu begrüßen, dass dazu Bestimmungen enthalten sind.“ Atomkraft sei dagegen nicht nachhaltig.

Die Stellungnahme hat damit eine etwas andere Tonlage als die Kommentare von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck sowie Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) am Samstag. „Die Vorschläge der EU-Kommission verwässern das gute Label für Nachhaltigkeit“, hatte Habeck erklärt. Er nannte die Einstufung von Atomenergie ein „Greenwashing“, fügte aber hinzu: „Fraglich ist auch, fossiles Gas mit in die Taxonomie aufzunehmen.“

Die EU-Kommission hatte am Freitag einen Vorschlag verschickt, zu dem die 27 EU-Regierungen nun bis zum 12. Januar Stellung nehmen sollen. Die Klassifikation für „grüne“ Technologien soll dazu beitragen, dass private Investitionen verstärkt in erneuerbare Energien fließen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte ebenso wie die EU-Kommission darauf verwiesen, dass es nur um Richtlinien für private, nicht aber für öffentliche Investitionen gehe.

Die EU-Kommission unterschied in ihrem Vorschlag zwischen grünen Technologien wie Solar- und Windenergie sowie denen für Atom und Gas. Für beide Bereiche soll es Auflagen für die Klassifizierung geben. Danach sollen Investitionen in Atomkraftwerke als nachhaltig gelten, wenn diese die Entsorgung radioaktiver Abfälle sicherstellen und vor 2045 genehmigt werden.

mig werden.

Erdgaskraftwerke wiederum sollen das entsprechende Label erhalten können, wenn sie unter bestimmten CO₂-Grenzwerten bleiben, eine umweltschädlichere Anlage ersetzen und bis zum 31. Dezember 2030 genehmigt werden. Habeck sagte, dass die EU immerhin deutlich den Übergangscharakter von Erdgas festschreiben wolle. So müssten neue Gaskraftwerke schon jetzt auf Wasserstoffbetrieb ausgerichtet werden.

In der EU-Kommission hieß es, der Vorschlag beziehe bewusst die zum Teil sehr unterschiedlichen Ausgangslagen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten mit ein. Die vorgeschlagene Klassifizierung der Energieträger werde alle drei Jahre überprüft. Auf die Einstufung der Atomenergie hatte vor allem Frankreich gepocht, das einen Großteil seines Stroms aus Atomkraftwerken bezieht. Auf den Status von Gas als Übergangstechnologie hatte dagegen die frühere große Koalition gedrungen. Auch der Ampelkoalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP sieht den Bau neuer Gaskraftwerke vor, wenn diese für eine spätere Wasserstoffnutzung umgerüstet werden können.

Eine Mehrheit der EU-Staaten oder das EU-Parlament könnten die Vorschläge der EU-Kommission noch blockieren. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich, weil mindestens 20 der 27 EU-Mitgliedsländer eine Blockademehrheit organisieren müssten. Das ist nicht in Sicht.

Zitat-Text:

„Die Vorschläge der EU-Kommission verwässern das gute Label für Nachhaltigkeit“ - Robert Habeck, Grüne, Wirtschafts- und Klimaminister

Gaskraftwerke sollen jedoch als Übergangstechnologie weiterlaufen.

Umweltverbände wollen Endlager „Konrad“ kippen

Das Landesumweltministerium muss weitreichende Anträge prüfen – und spielt dabei offenbar auch auf Zeit.

Hannover. Das Jahr 2021 endete für die „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ und weitere Mitstreiter zwar enttäuschend. Man stehe „fassungslos“ vor dem Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP in Berlin, hieß es in einer Erklärung Ende November. Die neue „Ampel“ hatte sich für zügige Fertigstellung und Betrieb des genehmigten Endlagers in Salzgitter ausgesprochen. „Ahnungslos können aber die Koalitionäre nicht wirklich sein, denn sie wissen bestimmt, dass Umweltverbände in Niedersachsen einen vortrefflich begründeten Antrag auf Widerruf des Planfeststellungsbescheides in Sachen Konrad eingereicht haben“, so Ludwig Wasmus von der AG Schacht Konrad.

Dass sie ziemlich dicke Bretter bohren, wissen die Konrad-Gegner längst, zu denen an vorderster Front auch Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) gehört. Der Bund ist zuständig für die Endlagerung, steckt gerade mitten in einem neuen Suchverfahren für ein nationales Endlager und hat wenig Neigung, das planfestgestellte Endlager für schwach- und mittelaktiven Müll, eben Konrad, zur Disposition zu stellen. Bei Besuchen im Schacht hatten sich zuletzt die damalige Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) als auch Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) klar hinter „Konrad“ gestellt. „Mit der geplanten Inbetriebnahme des Endlagers Konrad wird mit Ausnahme der Asse-Abfälle und etwaig anfallender Uran-Tails die Entsorgung von mehr als 90 Prozent des gesamten Volumens der radioaktiven Abfälle in Deutschland sichergestellt“, heißt es aktuell auf den Webseiten des Bundesumweltministeriums. „Erkenntnisse über Sicherheitsmängel liegen nicht vor“, heißt es in den Erläuterungen weiter. Während der gesamten Errichtung würden Fortentwicklungen des

technischen Regelwerks berücksichtigt.

An der Grundkonzeption von „Konrad“ oder gar an der Genehmigung soll nicht gerührt werden. „Fortentwicklungen des technischen Regelwerks“ dagegen sind kein Problem – sie spielen sich schließlich innerhalb des Rahmens ab. Dennoch gingen die Gegner des Endlagers 2021 deutlich in die Offensive. Mehrfach rückten sie bei Landesminister Lies in Hannover an, der bei seinem „Konrad“-Besuch so eindeutig Flagge pro Nutzung gezeigt hatte. „Alt – marode – ungeeignet“ lautete der Kampfruf gegen Konrad, mehr als 21.000 Protestunterschriften kamen zusammen. Die Listen nahm Lies im September in Empfang. Unter Landesumweltminister Wolfgang Jüttner (SPD) war „Konrad“ 2002 genehmigt worden. Schon im Mai dieses Jahres hatte Lies ein spätes Erbe der Konrad-Genehmigung antreten müssen: Der Bund für Umwelt und Naturschutz sowie der Naturschutzbund reichten einen Antrag auf Rücknahme oder Widerruf des Konrad-Planfeststellungsbeschlusses beim Lies-Ministerium ein. „Die Anlage entspricht weder dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik noch den Anforderungen, die an den Nachweis der Langzeitsicherheit zu stellen sind. Ohne einen solchen Nachweis darf ein Endlager nicht betrieben werden“, erklärten die Hamburger Anwälte Michéle John und Ulrich Wollenteit für die Umweltverbände.

Am Rande einer Sitzung im Landtag hatte Lies im Oktober gesagt, es werde vermutlich „mindestens zwei Jahre“ dauern, bis sein Haus Anträge auf Rücknahme des Konrad-Planfeststellungsbeschlusses abschließend geprüft habe. Er verwies dabei auch auf die Personallage. Der Ausbau zum Endlager geht derweil weiter.